

30. MAI 1963

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/102

Bonn, den 30. Mai 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a	<u>In bewährter Partnerschaft</u> Zur Regierungsbildung in Niedersachsen	51
1a	<u>Das Wort des Generalbundesanwalts</u> Eine begrüßenswerte Versicherung	26
2 - 3	<u>Agrar- und Ernährungspolitik im gemeinsamen Markt</u> Fachtagung der Friedrich Ebert-Stiftung vom 27./28.5.1963 Von Armin Winninger Assistent der SPD-Fraktion des Bundestages für Agrarpolitik	74
4	<u>Der Hunger ist nicht Schicksal!</u> Maßstab menschlichen Versagens Von Bruno Kuster, Genf	44
5 - 6	<u>Mein Weg zur Sozialdemokratie (II)</u> Bekanntnisse bekannter Sozialdemokraten	51

Chefredakteur Günter Markscheffel

In bewährter Partnerschaft

Zur Regierungsbildung in Niedersachsen

sp - Man brauchte über den Wahlausgang und die Regierungsbildung in Niedersachsen nicht viel Worte zu machen, wenn diese Ereignisse nicht vorher von interessierter Seite als ein überregionaler Vorgang, als eine Testwahl für den Kanzlernachfolger hingestellt worden wären. Dieser CDU-Test ist nachweisbar mißlungen. Nach einem Verlust von sieben Mandaten werden die christlichen Demokraten auch für die nächsten Jahre in Hannover die Oppositionsbänke drücken. Selbst das Eingreifen des Vizekanzlers aus Bonn konnte dieses Schicksal nicht abwenden.

Regierungsbildungen sind in Niedersachsen dank der stabilen politischen Verhältnisse im Lande in den letzten Jahren fast in Rekordzeiten erfolgt. Schon wenige Tage nach dem Hinscheiden Heinrich Wilhelm Kopfs Ende Dezember 1961 präsentierte sich das erste Kabinett unter seinem Nachfolger Dr. Georg Diederichs. Knapp zehn Tage nach dem Gang zur Wahlurne am 19. Mai d.J. erfuhren Niedersachsens Bürger bereits, daß das Land von einer aus Sozialdemokraten und Freien Demokraten gebildeten Koalition regiert wird. Es entspricht damit dem eindeutigen Wählerauftrag. Die SPD ist mit nahezu 45 Prozent der Wählerstimmen - es fehlen ihr mit 73 Abgeordneten von 149 nur zwei Mandate an der absoluten Mehrheit - mit Abstand wieder die stärkste politische Kraft im Land zwischen Nordsee und Zonengrenze. Eine Regierungsbildung gegen diese Partei, wie sie vom CDU-Landesvorsitzenden Fricke vergeblich propagiert worden war, hätte nicht nur allen parlamentarischen Erfahrungen widersprochen, sondern wäre auch in den breiten Schichten der Landesbevölkerung auf Ablehnung gestoßen.

Die abgelaufene Legislaturperiode hat in Niedersachsen bis tief in die Reihen von CDU-Anhängern hinein das Bewußtsein und die Überzeugung gestärkt, daß eine loyale Zusammenarbeit zwischen der starken Sozialdemokratie und kleineren Partnern auf der Grundlage einer echten Partnerschaft möglich und dem Wohle des Landes dienlich ist. Die SPD hat daher auch bei der Neubildung dieser zehnten niedersächsischen Regierung von Anfang an ihre Angebote an die Freien Demokraten gemacht, ohne dabei an ihren relativ kleinen Stimmenanteil von nur 8,8 Prozent zu denken. Wie in der vergangenen Koalitionsregierung war die Voraussetzung für die Fortführung der fruchtbaren Zusammenarbeit die Anerkennung der funktionalen Gleichwertigkeit des Regierungspartners. Nur

so ist es nämlich zu verstehen, daß sich die 73 SPD-Abgeordneten neben dem Regierungschef mit nur vier Ressorts (Innen, Landwirtschaft, Soziales und Vertriebenes bescheiden), während sie die gleiche Zahl von Ministerien (Kultus, Wirtschaft, Finanzen und Justiz) ihrem Partner mit nur 14 Abgeordneten überlassen haben. Die Verantwortung für das Ganze ist also in redlicher Weise geteilt, wie es der SPD-Landesvorsitzende Egon Franke ausdrückte.

Sozialdemokraten und Freie Demokraten tragen damit jetzt in Berlin, Bremen, Hamburg und Niedersachsen gemeinsam die Regierungsverantwortung. In Hannover haben beide Parteien hart, aber fair bei der Regierungsbildung miteinander gerungen. Sie haben sachliche Entscheidungen über personelle Ansprüche gestellt. Sie haben damit dem Lande eine stabile Regierung gegeben und eine Politik garantiert, die in sozialer Verpflichtung und liberaler Geisteshaltung zum Wohle des Landes wirken und sicherlich auch über seine Grenzen hinaus ihre Ausstrahlungskraft besitzen wird.

+ + +

Das Wort des Generalbundesanwalts

Eine begrüßenswerte Versicherung

sp - Die deutsche Öffentlichkeit wird die Versicherung des Generalbundesanwalts Martin, die Anklage gegen den "Spiegel" solle aus grundsätzlichen Erwägungen so schnell wie möglich erhoben werden, mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen. Seit dieser fast zur Staatskrise führenden Affäre ist immerhin ein halbes Jahr verflissen, noch immer wählen die zuständigen Richter in zahllosen Akten, um nach überzeugenden Verrättsbeweisen zu suchen. Ein Abgrund von Landesverrat habe sich aufgetan, die denkbar schlimmsten Verbrechen seien begangen worden, verkündete in jenen erregenden Novembertagen der Bundeskanzler vor dem Bundestag, und er nahm damit ein Urteil vorweg, das ihm und allen anderen, die damit zu tun hatten, nicht zustand. Woher bezog Adenauer sein Wissen? Träfe die Behauptung des Bundeskanzlers auch nur in etwa zu, dann ist es um so unverständlicher, daß sich die Untersuchung so lange hinzieht. Etwas mehr Eile, bei aller gebotenen Gewissenhaftigkeit wäre vonnöten, soll nicht in der Öffentlichkeit der Verdacht genährt werden, hier wäre vieles nicht mit rechten Dingen zugegangen. Die Spiegel-Affäre hat das Vertrauen zur Rechtsstaatlichkeit obnehin erschüttert und ein schwelendes Unbehagen hinterlassen, das durch die Länge der Untersuchung eher vermehrt, als verhindert wird. Nur übt Generalbundesanwalt Martin zwar keinen direkten Einfluß auf den Gang der gerichtlichen Voruntersuchung aus, doch sein Wort hat Gewicht und verdient Respekt. Es gilt ja nicht nur die volle Wahrheit, so verletzend und peinlich sie auch für manche Mitbeteiligte sein mag - Spiegel-Redakteure wie Vertreter der Untersuchungsbehörde selbst - an den Tag zu bringen. Das muß aber auf eine Weise geschehen, die jeden Verdacht einer Einseitigkeit oder bewußten Verzögerung ausschaltet. Hoffentlich ist dieser Tag nicht mehr allzu fern.

+ + +

- 2 -

Agrar- und Ernährungspolitik im gemeinsamen Markt

Fachtagung der Friedrich Ebert-Stiftung vom 27./28.5. 1963

Von Armin Winniger

Assistent der SPD-Fraktion des Bundestages für Agrarpolitik

Unter der Leitung von Botschafter a.D. Hans Bodeyn versammelten sich in der Stadthalle zu Bad Godesberg rund 400 Vertreter von Politik, Wissenschaft und aller Sparten der Wirtschaft, die irgendwie mit Agrar- und Ernährungsfragen zu tun haben, um zwei Tage lang durch Referate und Diskussionen die Probleme der Agrar- und Ernährungswirtschaft zu klären, bzw. nach Lösungen zu suchen.

Welchen Eindruck hatte man am Ende dieser Tagung ?

Der Friedrich Ebert-Stiftung und besonders dem Organisator dieser Tagung Dr. Samuel Carres kommt das besondere Verdienst zu, durch die Treuerstellung, die geladenen Referenten und Teilnehmer gezeigt zu haben, daß,

- a) Agrar- und Ernährungspolitik wesentlicher Bestandteil der gesamten Wirtschaftspolitik ist und demgemäß weder rein landwirtschaftlich orientiert noch rein nach Gesichtspunkten der Verbraucher, Verarbeiter oder des Handels betrieben werden kann, sondern gesamtwirtschaftlich gesehen werden muß. Zu dieser Frage war das Referat von Frau Käthe Strobel (SPD), Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, von besonderem Wert, in dem eine stärkere Berücksichtigung der Verbraucher verlangt wurde. Wie notwendig dies sei, zeige die Tatsache, daß in Brüssel von 216 Interessenvertretungen insgesamt nur vier die Verbraucher bzw. die Gewerkschaften vertreten.
- b) Vorurteile der divergierenden Gruppen abgebaut, gegensätzliche Standpunkte klar gelegt werden können und eine gemeinsame Haltung möglich ist, das heißt insgesamt, daß das so schwierige Problem versachlicht werden kann.

Wegen einer solchen Versachlichtung gebührt dem vorurteilsfreien, wissenschaftlich fundierten, mutigen Vortrag von Herrn Prof. Niehaus; Direktor des Instituts für Agrarpolitik und Marktforschung der Universität Bonn, besonderer Dank.

Die EWG ist nicht und darf nicht Selbstzweck werden, sondern muß weltoffen sein. Dies war die einhellige Überzeugung aller Teilnehmer und wurde besonders deutlich anhand des Vortrages von Viktor Brorson, Ministerialdirektor des dänischen Landwirtschaftsministeriums, der über die Einstellung Dänemarks als Repräsentant der Drittländer dem gemeinsamen Markt gegenüber referierte und dabei auf die Dis-

kriminiertung dieser Länder durch die EWG, die Spaltung in Europa einerseits und die so bitter notwendige gemeinsame westliche Politik andererseits betonte.

Die EWG muß schneller zusammenwachsen. Unter Beseitigung der noch bestehenden Wettbewerbsverzerrungen muß eine möglichst schnelle Harmonisierung, insbesondere auch des Agrarpreinsniveaus, erreicht werden, um all die komplizierten marktordnerischen Verfahren innerhalb der EWG zu beseitigen, um geschlossen in die Kennedy-Runde gehen zu können. Letzten Endes, um die Ziele des gemeinsamen Marktes schneller zu erreichen.

Georges Rabot, Generaldirektor der Generaldirektion Landwirtschaft in der EWG-Kommission kritisierte in seinem Referat das hohe deutsche Preisniveau und das Verhalten der Bundesregierung, welches in einem Referat von Staatssekretär Hüttebräuker zum Ausdruck kam, nicht nur hinsichtlich des Getreidepreises, sondern auch bezüglich der gemeinsamen europäischen Agrarstrukturpolitik zu "mauern". Gerade das letztere sei von außerordentlicher Bedeutung, da bei nicht koordinierter Strukturpolitik z. B. in einem Lande Neukultivierungen, d.h. Ausdehnung der Agrarproduktion betrieben würde, während ein anderer Partner mit Rücksicht auf eine mögliche Überproduktion Antarkie Stilllegungen fördere. Auch in der landwirtschaftlichen Sozialpolitik hinke die Bundesrepublik hinterher.

Im abschließenden Podiumsgespräch zwischen den Referenten, den Vertretern der Bundesregierung und der Parteien - die CDU/CSU fehlte trotz Anmeldung aus unerklärlichen Gründen - den Vertretern der verschiedenen Organisationen wie deutscher Bauernverband, Raiffeisenverband, Verbraucherverband, Ernährungsindustrie und Gewerkschaft, wurde deutlich, daß in aktiver Arbeit die Ziele des EWG-Vertrages erreicht werden könnten.

Die Tagung der Friedrich Ebert-Stiftung war ein Beweis für die gesamtwirtschaftlich möglichen Lösungen und man sollte hoffen, daß sich der dort gepflegte Geist auf die politisch und wirtschaftlichen entscheidenden Gremien übertragen möge.

+ + +

Der Hunger ist nicht Schicksal!

Maßstab menschlichen Versagens

Von Bruno Kuster, Genf

Bis in 37 Jahren muss die Nahrungsmittelerzeugung der Welt dreifacht werden, wenn die ganze Erdbevölkerung hinreichend ernährt werden soll. Die rückständigen Länder müssen die Agrarproduktion gar vervierfachen und die Versorgung mit tierischen Produkten versechsfachen. So lautet die neueste Diagnose der FAO für das Jahr 2000.

Zwar hat sich in den letzten Jahren allmählich herumgesprochen, daß es in großen Teilen der Welt noch Hunger gibt. Man spendet ja auch nicht wenig Geld, um die Bekämpfung von Hunger und Unterernährung zu unterstützen. Aber sind sich die verantwortlichen Staatsmänner wirklich darüber klar geworden, daß die Hungerdrohung die vielleicht schwerste Prüfung ist, der sich die Menschheit je gegenübergestellt sah?

Die Hälfte der Weltbevölkerung...

Die soeben veröffentlichte dritte Erhebung der FAO über die Ernährungslage in der Welt lässt keinen Zweifel über den Ernst der Lage. Mehr als die Hälfte der Erdbevölkerung lebt im fernen Osten. Sie verfügt jedoch nur über ein Viertel der Weltproduktion an Nahrungsmitteln. Dagegen konsumieren die 29 Prozent der Weltbevölkerung, die in Europa, Nordamerika und Ozeanien leben, nicht weniger als 57 Prozent der in der Welt verfügbaren Nahrungsmittel, und zwar 38 Prozent der pflanzlichen und nicht weniger als 69 Prozent der tierischen.

Die Ergebnisse der Erhebung bestätigen, daß zehn bis fünfzehn Prozent der Weltbevölkerung unterernährt sind und Hunger leiden, während ein Drittel bis zur Hälfte entweder hungert oder völlig einseitig (Eiweissmangel!) ernährt ist, was schwere Mangelkrankungen und körperliche Schwäche zur Folge hat. Bis 1975 muss die Nahrungsmittelproduktion im Weltmaßstab um mehr als 35 Prozent gesteigert werden, um wenigstens eine Verschlechterung der gegenwärtigen Lage zu verhindern! Strebt man jedoch eine vernünftige Verbesserung der Verhältnisse an, muss die Produktion um nicht weniger als 50 Prozent erhöht werden. Für die rückständigen Länder, die über die geringsten technischen und finanziellen Mittel zur Lösung dieser gigantischen Aufgabe verfügen, lautet die Herausforderung so: Steigerung der Nahrungsmittelproduktion um 80 Prozent, Verbesserung der Versorgung mit tierischen Erzeugnissen um über 120 Prozent!

Und später?

Die Lösung dieser Aufgaben kann nicht auf später verschoben werden, denn mit jedem Jahr wird die Kluft zwischen Soll und Haben breiter. Die Erreichung der von der FAO für 1975 genannten Ziele ist die unerlässliche Voraussetzung dafür, daß die Nahrungsmittelproduktion auch in den nachfolgenden Jahrzehnten mit dem Rhythmus der Bevölkerungszunahme Schritt halten kann. Ohne Zögern versichern die Fachleute der FAO, daß die Welt sowohl 1975 als auch im Jahre 2000 durchaus in der Lage ist, die Menschheit ausreichend zu ernähren, wenn alle Gaben der Natur zweckmäßig verwendet werden. "Wenn Zweifel aufkommen, so deshalb, weil es an den notwendigen Anstrengungen fehlen könnte, um die Ziele zu erreichen." Der Hunger ist heute nicht mehr unabänderliches Schicksal, sondern Maßstab menschlichen Versagens.

Mein Weg zur Sozialdemokratie (II)

Bekenntnisse bekannter Sozialdemokraten

Waldekar von Knoeringen

Landesvorsitzender der SPD in Bayern

Mein Weg zur Sozialdemokratie ging über Ferdinand Lassalle. Als 18jähriger, interessiert an den Fragen der Politik, griff ich in meines Vaters Bibliothek. Das kleine Bändchen "Über die gegenwärtige Geschichtsperiode und die Idee des Arbeiterstandes" fiel mir in die Hände. Leidenschaftliche Diskussionen über das Wesen des Sozialismus sind vorausgegangen. Erst durch Lassalle jedoch erfaßte ich die großen Zusammenhänge. Sein Bild von der Entwicklung des Arbeiterstandes, seine Idee von den ethischen Grundwerten des Staates und sein hinreißender Appell zum aktiven Handeln haben mich zutiefst bewegt, noch ehe ich überhaupt mit einem Sozialdemokraten gesprochen hatte. Erst über Lassalle kam ich zum Kommunistischen Manifest und zur Programmatik der Sozialdemokratischen Partei.

Als ich mich mit 20 Jahren aus eigenem Entschluß beim Vorsitzenden des Ortsvereins Rosenheim, dem Inhaber eines Wurstgeschäftes, anmeldete, war ich von der Idee der Sozialdemokratie so bewegt, daß der Vorstand wenig mit mir anzufangen wußte. Meine Fragen, die sich in der Hauptsache auf die sozialistischen Theorien bezogen, fanden wenig Verständnis. Als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und der Naturfreunde bin ich in die Arbeiterbewegung in Rosenheim hineingewachsen und war sehr bald der Vorsitzende des Kulturkartells. Eine Volksbibliothek wurde geschaffen, die heute zur großen Stadtbücherei herangewachsen ist.

In dem gemeinsamen Streben, sich einen kulturellen Raum zu schaffen, entwickelte sich damals trotz der Wirtschaftskrise das geistige Leben der Sozialdemokratischen Partei. Der aufkommende Nationalsozialismus verschob alles auf die Ebene des Machtkampfes. Wahl folgte auf Wahl und immer war es der Einsatz bis zur letzten physischen Kraft, der gefordert wurde. Obwohl die Opfer dieser Zeit unter der Flutwelle des Faschismus verdeckt wurden, möchte ich doch die Erinnerungen nicht missen, die sich an die damalige Kampfgemeinschaft junger und alter Sozialdemokraten und an die vielen Bewährungsproben im Ringen um Demokratie und Freiheit knüpfen.

1933 ging die Partei in die Illegalität. Verbindungen aufrechtzuerhalten, Kontakte zu den in Österreich noch frei wirkenden Sozialdemokra-

ten zu schaffen, war die Aufgabe. Eine völlig neue Phase des Kampfes begann. Eine Überzeugung war allgemein: Hitler wird Krieg bringen und in diesem Krieg wird der Nationalsozialismus zugrundegehen. Genauso ist es gekommen. Zehn Jahre haben die illegalen Gruppen der Sozialdemokratischen Partei in Bayern gearbeitet, bis 1943, von der Gestapo aufgerollt, die Besten von ihnen hingerichtet wurden.

Den Weg dieser illegalen Arbeit bin ich im Exil als Verbindungsmann zu 17 Kontaktstellen im Lande Bayern mitgegangen. Ich weiß, welcher Glaube und welche Kraft in den Trägern unserer illegalen Arbeit lebte! Am 12. August dieses Jahres werden wir das Opfer ehren, das Hermann Fricb und Bebo Wager, die Führer dieser Organisation, durch Hingabe ihres Lebens gebracht haben.

Von den 100 Jahren der Existenz der Sozialdemokratie bin ich 37 Jahre mitgegangen und kenne ihre Probleme. Eine neue Generation tritt an; sie wird andere Wege zu gehen haben. Aber sie wird sie nur gehen können, wenn sie dem großen Ziel der sozialen Demokratie mit gleicher Leidenschaft, mit Ehrlichkeit und mit der Bereitschaft der Hingabe dient.

+ + +

Dr. Dr. Gustav Heinemann, MdB

Es gab eine geraume Zeit in meinem Leben, wo es für mich außerhalb jeder Erwägung stand, der SPD anzugehören. Ich wählte sie im März 1933, weil sie mir damals als die letzte Möglichkeit erschien, dem Hitler-Regime noch parlamentarisch zu widerstehen. Aus Elternhaus, Schule und Erziehung aber war mit die SPD fremd.

Nach 1945 wurde ich in der CDU aktiv und im weiteren Verlauf der erste Bundesminister des Innern in der Regierung Adenauer. Auch als es 1950 zum Konflikt mit Adenauer kam und ich 1952 aus der CDU ausschied, sah ich in der CDU noch eine Möglichkeit des politischen Wirkens. Das wurde erst 1957 anders, als sich der schließlich in Godesberg 1959 vollendete Wandel der SPD deutlich abzeichnete.

Die CDU hat ihr früher so hoch gelobtes Ahlener Programm zur wirtschaftlichen und sozialen Neugestaltung verraten. Sie hat aus dem Christlichen eine politische Waffe gemacht. Sie hat eine Deutschlandpolitik betrieben, welche die Chancen zur Wiedervereinigung unseres Volkes in der Zeit von 1949 bis 1955 ungenutzt ließ.

Heute ist die SPD die große allgemeine Volkspartei freiheitlich-sozialen Wollens, in der Männer und Frauen verschiedenster persönlicher Überzeugungen, auch christlichen Glaubens, aus der Übereinstimmung in den politischen Zielen miteinander handeln. Ich bin überzeugt, daß es neben der konservativen CDU einer solchen Partei bedarf.

+ + +